



Ausschuss für Frauen, Gleichstellung und Emanzipation

23. Sitzung (öffentlich)

3. September 2014

Düsseldorf – Haus des Landtags

13:30 Uhr bis 15:40 Uhr

Vorsitz: Daniela Jansen (SPD)

Protokoll: Eva-Maria Bartylla

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

- | | | |
|----------|--|----------|
| 1 | Hochschulzukunftsgesetz (HZG NRW)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/5410

Ausschussprotokoll 16/589 (Anhörung)

– abschließende Beratung und Abstimmung

Der Ausschuss nimmt den Gesetzentwurf mit den Stimmen
von SPD und Grünen gegen die Stimmen von FDP, CDU
und Piraten an. | 3 |
| 2 | Modellprojekt „together niederrhein“ – Fachberatungsstelle „gerne anders“

– Vorstellung durch Herrn Torsten Schrodtt und Frau Wibke Korten | 6 |

3 Ausführungsgesetz des Landes Nordrhein-Westfalen zum Schwangerschaftskonfliktgesetz (Schwangerschaftskonfliktgesetz-Ausführungsgesetz – AG SchKG) 23

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/6095

Stellungnahme 16/1928

Der Ausschuss fasst einstimmig den Vorratsbeschluss, sich pflichtig an der Anhörung zu beteiligen, die der federführende Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend voraussichtlich beschließen wird.

4 Gesetz zur Regelung des Vollzuges der Freiheitsstrafe und zur Änderung des Jugendstrafvollzugsgesetzes in Nordrhein-Westfalen 26

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/5413

Ausschussprotokoll 16/594 (Anhörung)

– abschließende Beratung und Abstimmung

Der Ausschuss gibt zum Gesetzentwurf kein Votum ab.

5 Flächendeckende Umsetzung anonymer Spurensicherung (ASS) für Opfer von Sexualstraftaten in NRW 27

Vorlage 16/2140

– Bericht von StS Martina Hoffmann-Badache (MGEPA)

– Vorstellung des Projekts GOBSIS durch Prof. Dr. Stefanie Ritz-Timme (Institut für Rechtsmedizin der Universität Düsseldorf)

6 Verschiedenes 36

Aus der Diskussion

1 Hochschulzukunftsgesetz (HZG NRW)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/5410

Ausschussprotokoll 16/589 (Anhörung)

– abschließende Beratung und Abstimmung

Vorsitzende Daniela Jansen informiert, der Ausschuss habe den Gesetzentwurf am 10. April durch das Plenum zur Mitberatung überwiesen bekommen. Federführend sei der AIWF und außerdem mitberatend der Haushalts- und Finanzausschuss.

Der federführende Ausschuss tage zeitgleich. Das Votum dieses Ausschusses werde ihm dann übermittelt werden.

Der HFA werde kein Votum abgeben, weil es einen umfangreichen Änderungsantrag gebe.

Gerda Kieninger (SPD) führt aus, der Ausschuss befasse sich zum Thema „Gleichstellung“ mit dem Gesetzentwurf.

Sie lobe die Ministerin für die Einführung des Kaskadenmodells.

Die Gleichstellungsbeauftragten würden gestärkt. Es müsse sie an den Hochschulen geben. Das sei keine Soll-Bestimmung. Das begrüße ihre Fraktion ausdrücklich.

Die Gleichstellungsbeauftragten würden auch dadurch entlastet, dass sie von Lehrstunden freigestellt werden könnten.

Gender-Budgeting werde an den Hochschulen eingeführt. Auch das könne nur begrüßt werden.

Das sei ein weiterer Schritt in die richtige Richtung. Ihre Fraktion werde dem Gesetz natürlich zustimmen.

Josefine Paul (GRÜNE) bedankt sich für diesen auch gesellschaftspolitisch breit aufgestellten Gesetzentwurf. Die Anhörung habe gezeigt, dass es ein richtiger und wichtiger Schritt gewesen sei, den gesellschaftlichen Entwicklungen Rechnung zu tragen und gerade die Aspekte Gender, Gleichstellung und Diversity als Querschnittsthemen mehr in Hochschule zu verankern. Es gehe eben nicht nur darum, über Kaskadenmodelle den Anteil an Frauen – so wichtig das auch sei – generell zu erhöhen, sondern es gehe auch darum, Gender und Diversity als Querschnittsthemen zu verankern, um zu einer kulturellen Veränderung an der Hochschule beizutragen.

Dieser Gesetzentwurf trage dem Rechnung, indem Diversitymanagement als neuer Gegenstand von Hochschulentwicklung eingeführt werde, aber auch Gender-Mainstreaming und Gender-Budgeting als Querschnittsaufgaben verankert würden.

Sie finde es wichtig, dass es auch eine Gleichstellungskommission an Hochschulen geben solle, um auch deutlicher zu machen: Es müsse darum gehen, Gender-Mainstreaming in allen Hochschulbereichen zu verankern. Es müsse darum gehen, auch die finanzrelevanten Entscheidungen einem konsequenten Gender-Budgeting zu unterziehen.

Der Bereich „Gute Arbeit“ sei nicht allein für die Gleichstellung wichtig, aber insbesondere für Frauen wichtig. Die Vereinbarkeit mit Familie und Sorgearbeit sei kein originäres und alleiniges Frauenthema. Nichtsdestotrotz betreffe es insbesondere Frauen, Arbeit und Sorgearbeit unter einen Hut zu bringen. Das in diesem Gesetzentwurf so wiederzufinden, finde sie sehr begrüßenswert.

Ihre Fraktion werde dem Entwurf natürlich auch zustimmen.

Hier werde über Frauen, Gute Arbeit und Demokratie gesprochen, so **Ina Scharrenbach (CDU)**. Aber die beiden wichtigsten Punkte, die man eigentlich mit einem Hochschulzukunftsgesetz verbinden sollte, nämlich Forschung und Lehre, fänden auch heute wieder einmal wenig Erwähnung.

Insofern werde es niemanden verwundern, dass die CDU-Fraktion den Gesetzentwurf ablehne, weil die negativen Seiten dieses Gesetzentwurfes doch stärker wirkten und den in Teilen gut gemeinten Punkten entgegenstünden. Das seien die weitgehende Abschaffung der Hochschulfreiheit, die Verlagerung der Kontrolle zurück in das Ministerium, das Aufblähen von Mitbestimmungsgremien und ein Vielfaches mehr, was ja auch in der Anhörung sehr deutlich zum Tragen gekommen sei.

Susanne Schneider (FDP) äußert, dass diese harte Frauenquotenregelung aufgeweicht werde, stehe doch erst im Änderungsantrag von Rot-Grün, der heute noch nicht debattiert werde, und nicht im Gesetzentwurf.

Die FDP sei kein Fan von Quotenregelungen und sehe bessere Möglichkeiten, Frauen an Hochschulen zu fördern. Die Frauen müssten aber auf jeden Fall gefördert werden. Da bestehe Handlungsbedarf. Eine Quote sei allerdings sicher das falsche Modell.

Die Liberalen störe an diesem Gesetz natürlich, dass die Hochschulen massiv in ihrer Freiheit und ihren Kompetenzen beschnitten würden und wieder mehr zu Bittstellern würden. Sie habe mit Universitäten und Gleichstellungsbeauftragten gesprochen. Die Gleichstellungsbeauftragte einer sehr großen Universität hier in der Gegend habe sich dann mit den Worten verabschiedet: Grüßen Sie Prof. Pinkwart! Wir vermissen ihn jetzt schon. – Die weinten jetzt schon ihrer Freiheit hinterher. Das könne sie verstehen.

Die FDP lehne das Gesetz natürlich ab.

Vorsitzende Daniela Jansen gibt den Hinweis, man berate heute tatsächlich nur den Gesetzentwurf. Ein Änderungsantrag sei hier nicht zur Beratung vorgesehen.

Der **Ausschuss** nimmt den Gesetzentwurf mit den Stimmen von SPD und Grünen gegen die Stimmen von FDP, CDU und Piraten an.

